

12.01.2023

In den Ausschuss für Umweltschutz- und Grünflächen
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung
des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Photovoltaikoffensive für die Landeshauptstadt Hannover

zu beschließen:

Im Klimaschutzs Sofortprogramm wird ein Ausbau der Photovoltaik bis 2035 um 800 MWpeak empfohlen. Bisher werden mit ca. 4,5 MWpeak Leistung pro Jahr deutlich zu wenig Anlagen installiert. Neben der Landeshauptstadt Hannover sollen auch die kommunalen Beteiligungen der Stadt und der Region Hannovers innerhalb des Stadtgebietes vorangehen. Im Einzelnen sollen folgende Punkte beschlossen werden:

1. Der Rat begrüßt die Kooperationsvereinbarung zwischen der LHH und Enercity, in der alle geeigneten Dachflächen der städtischen Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Wirtschaftsfördergesellschaft hannoverimpuls zu prüfen, wie die Ansiedlung von Herstellern von Photovoltaikmodulen machbar ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, dass die kommunalen Unternehmen mit städtischer Beteiligung geeignete Dachflächen und versiegelte Freiflächen (z.B. Parkplätze) zur Bebauung mit Photovoltaikanlagen und zur gleichzeitigen Begrünung nutzen, um die Klimaschutzziele sowie soziale Ziele (z.B. günstiger Mieterstrom) der Landeshauptstadt Hannover zu unterstützen. Eine Kooperation mit Dritten (z.B. Enercity) analog des Punktes 1 ist ebenso möglich. Die Verwaltung dokumentiert durch Abfrage einmal jährlich die erfolgten Maßnahmen der Unternehmen und stellt diese im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen vor.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Region Hannover darauf hinzuwirken, dass auch die kommunalen Unternehmen der Region Hannover ihre Dachflächen und versiegelte Freiflächen (z. B. Straßenbahndepots, Parkplätze) im Stadtgebiet der LHH zur Bebauung mit Photovoltaikanlagen und zur gleichzeitigen Begrünung zu nutzen oder Dritten (z.B. Enercity) für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, um die Klimaschutzziele und sozialen Ziele der LHH zu erreichen.

Begründung:

Die Stromproduktion aus Photovoltaikanlagen trägt sowohl zu einer heimischen sicheren Energieversorgung als auch zur Erreichung der Klimaziele bei. Sie ist neben der

Stromproduktion aus Windenergieanlagen am kostengünstigsten. Zur Bewältigung der Energiekrise und der Klimakrise ist ein deutlich beschleunigter Ausbau der Solarenergie auf allen geeigneten Dächern Hannovers dringend erforderlich.

Bei der Installation von Photovoltaikanlagen auf Wohngebäuden der hanova Wohnen und der ZVK könnte der produzierte Solarstrom im Rahmen eines Mieterstrommodells an Mieter*innen günstig abgegeben werden. Geringe Erzeugungskosten, entfallende EEG-Umlage und eingesparte Netzentgelte würden die stark gestiegenen Energiepreise der Mieter*innen dämpfen.

Für die Bebauung von Photovoltaikanlagen am Flughafen Hannover-Langenhagen kann der Flughafen Athen als Vorbild genommen werden. Die dort installierten Solarmodule (8,05 MWpeak) auf Dächern und Freiflächen decken zu einem Drittel den Stromverbrauch des Flughafens. Durch den hundertprozentigen Eigenverbrauch wäre der Betrieb von Photovoltaikanlagen besonders wirtschaftlich. Außerdem entfällt eine Sicherung der Photovoltaikanlagen vor Diebstahl und Vandalismus, da das Flughafengelände sowieso aufgrund der internationalen Sicherheitsanforderungen stark geschützt ist.

Der Bau von Photovoltaikanlagen bei der ÜSTRA ist zusätzlich wirtschaftlich, weil der dort erzeugte Strom direkt in das Stadtbahnstromnetz eingespeist werden könnte. Eventuell kann auf die Wechselrichter verzichtet werden, da Photovoltaikanlagen Gleichstrom erzeugen und das Stadtbahnstromnetz mit Gleichstrom betrieben wird. Ein hundertprozentiger Eigenverbrauch wäre auch hier gegeben. Außerdem ergeben sich durch die Überdachung der Stadtbahnen zusätzliche Vorteile. Im Sommer wären die Stadtbahnen verschattet und benötigten bei Betriebsbeginn weniger Kühlung und im Winter wären sie besser vor Eis und Schnee geschützt.

Aufgrund der Energie und Klimakrise wächst die Nachfrage nach Photovoltaikanlagen stark an. Zurzeit werden über 90 % der Solarmodule aus China importiert. Um einerseits die wachsende Nachfrage zu befriedigen und andererseits die Abhängigkeit von Solarmodulen aus China zu verringern ist der Aufbau von zusätzlichen Produktionskapazitäten in Deutschland notwendig. Hannover ist aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage, der guten Ausbildung qualifizierten Personals an der Leibniz-Universität Hannover sowie der Hochschule Hannover ein guter Produktionsstandort für Photovoltaikmodule. Als lebenswerte Stadt mit einem ausgezeichneten Kultur- und Freizeitangebot, viel Grünflächen und gegenüber anderen Großstädten vergleichsweise moderaten Mieten bietet Hannover für die Beschäftigten ein attraktives Arbeitsumfeld an. Durch zukünftige zusätzliche Gewerbesteuerereinnahmen könnte Hannover nicht nur bei der Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen, sondern auch bei der Erzeugung von Photovoltaikmodulen profitieren.

Die zusätzliche Begrünung von Dachflächen ermöglicht durch geringere Temperaturen eine Effizienzsteigerung der Photovoltaikmodule von 2-4 %. Außerdem ergibt sich eine Verbesserung des Mikroklimas, schützt die Bewohner*innen vor Hitze und fördert die Artenvielfalt bei Insekten. Weiterhin kann ein Gründach bis zu 40 Liter je Quadratmeter Regenwasser aufnehmen und so einer Überforderung der Kanalisation bei Starkregenereignissen vorbeugen. Die Lebensdauer des Daches steigt durch die Begrünung ebenfalls.